

Das Paradox der Toleranz zwischen politischer Theorie und zivilgesellschaftlicher Praxis: Soll man PopulistInnen zu Podiumsdiskussionen einladen?

Hubacher Haerle, Pablo; Beckstein, Martin

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Hubacher Haerle, P., & Beckstein, M. (2019). Das Paradox der Toleranz zwischen politischer Theorie und zivilgesellschaftlicher Praxis: Soll man PopulistInnen zu Podiumsdiskussionen einladen? *ZPTh - Zeitschrift für Politische Theorie*, 10(2), 169-192. <https://doi.org/10.3224/zpth.v10i2.02>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Das Paradox der Toleranz zwischen politischer Theorie und zivilgesellschaftlicher Praxis

Soll man PopulistInnen zu Podiumsdiskussionen einladen?

*Pablo Hubacher Haerle / Martin Beckstein**

Schlüsselwörter: AfD, Populismus, Demokratie, Podiumsdiskussionen, Toleranzparadox

Abstract: Wie soll die Zivilgesellschaft mit radikalen Akteuren wie PopulistInnen umgehen? Gilt es, den Dialog mit ihnen zu suchen oder zu vermeiden? Sollte man ihnen zuhören, sie sprechen lassen und argumentativ zu entlarven versuchen oder ihnen kein Forum bieten und so den Zugang zum gesellschaftlichen Diskurs erschweren? Der vorliegende Beitrag will diese Fragen nicht einer normativ fundierten Beantwortung zuführen, sondern analysiert und systematisiert im öffentlichen Diskurs bereits kursierende Antworten. Konkret liegt der Fokus auf Stellungnahmen, die anlässlich der Einladung der AfD-PolitikerInnen Alice Weidel und Marc Jongen an die Oxford Union (2018) bzw. an das Zürcher Theater Gessnerallee und das Hannah Arendt Center in New York (beide 2017) vorgebracht wurden. Es erweist sich, dass die Kontroversen einerseits auf demokratietheoretische Grundsatzfragen zurückfielen und andererseits den konkreten Kontextbedingungen der jeweiligen Veranstaltung zu wenig Bedeutung schenkten.

Abstract: How should civil society deal with radical actors such as populists? Should democrats engage in an open dialogue or avoid confrontation? Should they listen to them, let them speak and try to expose them argumentatively, or should they deny them any kind of public platform? Rather than providing a normative answer to these questions, this article analyzes and systematizes responses that are already circulating in public discourse. In particular, we focus on reactions to the invitations of the AfD politicians Alice Weidel and Marc Jongen to the Oxford Union (2018), the Zurich Theater Gessnerallee as well as the Hannah Arendt Center in New York (both 2017). We will show that the debates gave excessive weight to fundamental questions of democratic theory while marginalizing the specific context factors of the events. Because of this, the populists eventually gained the moral victory.

Rechtspopulistische Bewegungen konnten in den vergangenen Jahren beachtliche Wahl- und Agendasettingerfolge in europäischen Staaten feiern. Die Forschungsliteratur insbesondere zur Konzeptualisierung des Phänomens und regionalen Besonderheiten expandiert dementsprechend.¹ Der Frage jedoch, wie mit PopulistInnen konkret umzugehen ist, wurde bislang nicht systematisch nachgegangen. Dabei spaltet sie die Wissenschaftsge-

* Pablo Hubacher Haerle, Universität Zürich / ETH Zürich
Kontakt: pablo.hubacher@icloud.com
Martin Beckstein, Universität Zürich
Kontakt: martin.beckstein@philos.uzh.ch

1 Vgl. u. a. Hildebrand 2017; Januschek / Reisigl 2014; Schemer et al. 2018; Schroeder et al. 2017.

meinde ebenso wie die breitere Öffentlichkeit. Selbstverständlich stellt sich die Frage nach dem Umgang mit PopulistInnen nur mit Nachdruck, wenn man im Populismus eine systemkritische und gefährliche Kraft sieht. Auf Populismusverharmlosende muss die Frage hysterisch, auf Populismusaffine wie eine Zumutung wirken. Aber ein Großteil der akademischen und zivilgesellschaftlichen Öffentlichkeit scheint in PopulistInnen eben genau solche *radikalen* politischen Akteure zu sehen. Diese Einschätzung wird genährt durch die zwei wohl am breitesten rezipierten Studien zum Thema (Mudde / Kaltwasser 2017; Müller 2017). PopulistInnen mögen sich diesem Verständnis folgend zwar aktuell weitgehend an die prozeduralen Spielregeln der jeweiligen politischen Ordnung halten, sie streben jedoch eine grundlegende Veränderung des Status quo an. Konkret sprächen sie dem reinen BürgerInnenwillen den einzigen politischen Legitimationsanspruch zu. Instanzen wie VolksvertreterInnen, Verfassungsgerichte oder Medien, die zwischen diesem (wie auch immer konkret konzipierten) BürgerInnenwillen einerseits und der staatlichen Politik andererseits korrigierend, einschränkend oder filternd vermitteln, würden dementsprechend als korrumpierende Elemente wahrgenommen. Ideologisch stünden PopulistInnen damit in einer Opposition zur liberalen repräsentativen Demokratie (vgl. Mudde / Kaltwasser 2017: 6), wenn nicht gar zur Demokratie in jeglicher Ausformung. Denn Jan-Werner Müller (vgl. 2017: 24; auch Rosanvallon 2017) zufolge konzipieren PopulistInnen den BürgerInnenwillen moralisch anstatt empirisch, weswegen er letztlich gar nicht in der Form direktdemokratischer Prozeduren identifiziert, sondern von oben herab durch eine(n) „Volksversteh(er)In“ akklamiert werden müsse. Gleichwohl lässt sich jedenfalls im Falle der parteipolitischen Repräsentanz des Rechtspopulismus in Deutschland, der Alternative für Deutschland (AfD), nicht bestreiten, dass sie ihre Positionen häufig über den Rekurs auf demokratische, liberale und sogar pluralistische Werte zu stützen versucht. Beispielsweise wird muslimischen MigrantInnengruppen die Integrationsfähigkeit in Abrede gestellt, weil sie die Gleichstellung von Mann und Frau oder Homosexualität nicht akzeptieren würden. Im Rawlsschen Sinne könnte man im deutschen Rechtspopulismus deshalb am treffendsten einen Fall von „schattierter Unvernunft“ sehen (vgl. Badano und Nuti 2018: 147; Albertazzi und McDonnel 2008: 4). Denn obgleich seine VertreterInnen im *vernünftigen Pluralismus* nicht die Lösung für das *Faktum des Pluralismus* zu sehen scheinen, begründen sie ihre Positionen trotzdem nach den Maßstäben des öffentlichen Vernunftgebrauchs.

Der so verstandene Populismus konfrontiert VerteidigerInnen des liberal-demokratischen Status quo mit dem Toleranzparadox (vgl. Popper 2011: 723): Auf der einen Seite wirft das Ende der Weimarer Republik noch immer einen Schatten auf die politische Praxis und nährt die Sorge, dass die Toleranz freiheitlicher Ordnungen zum Steigbügelhalter für eine Herrschaft der Intoleranz werden könnte. Auf der anderen Seite droht sich eine freiheitliche Ordnung selbst abzuschaffen, wenn sie zu intolerant gegenüber der Intoleranz wird. Es ist diese Gratwanderung zwischen der performativen Einlösung pluralistischer Grundwerte und der stabilitätspolitischen Gewährleistung der pluralistischen Ordnung, um die sich die Diskussionen über den richtigen Umgang mit PopulistInnen letztlich drehen.

Die Frage nach dem Umgang mit RechtspopulistInnen stellt sich jedoch auf unterschiedlichen Ebenen und in unterschiedlichen Kontexten. Ob Parteiverbotsverfahren oder rechtliche Einschränkungen der Meinungsäußerungsfreiheit gegen PopulistInnen möglich oder politisch anzustreben sind, ist eine Frage. Wie der Umgang mit PopulistInnen im alltäglichen Kontext einer politisch engagierten Zivilgesellschaft zu bewältigen ist, eine an-

dere. In diesem Aufsatz fokussieren wir uns auf die zivilgesellschaftliche Ebene. Konkret betrachten wir Situationen, in denen BürgerInnen direkte Antworten auf den Umgang mit PopulistInnen geben müssen, nämlich Podiumsdiskussionen. Interessant macht die Situation der Podiumsdiskussion unter anderem, dass nicht nur im Raum steht, ob man ernsthaft mit RechtspopulistInnen diskutieren (und sei es nur zum Zweck der Widerlegung, Entlarvung oder Dekonstruktion) oder sie ignorieren bzw. am Sprechen hindern sollte, sondern auch, ob man gewillt ist, sich überhaupt mit ihnen auseinanderzusetzen. Im Unterschied etwa zur unvermeidbaren Konfrontation im Parlament steht es OrganisatorInnen von Podiumsveranstaltungen ebenso frei, RednerInnen selektiv einzuladen, wie sie wieder auszuladen oder die Veranstaltungen ganz abzusagen. Das Paradox der Toleranz stellt sich bei Podiumsdiskussionen daher mit besonderer Virulenz und hat dementsprechend vielerorts für heftige Debatten gesorgt.

Konkret wollen wir in diesem Aufsatz diejenigen Argumente, die für und gegen die Einladung bzw. Wiederausladung der AfD-Bundestagsabgeordneten Marc Jongen und Alice Weidel im Zusammenhang mit drei geplanten bzw. durchgeführten Podiumsdiskussionen vorgebracht wurden, sammeln und systematisieren. Anfang November 2018 hätte Weidel beim traditionsträchtigen Debattierklub Oxford Union einen Vortrag halten und Fragen aus dem Publikum beantworten sollen. Mehrere Studierendenorganisationen kritisierten die VeranstalterInnen in einem offenen Brief und kündeten Protest an. Weidel gab daraufhin bekannt, den Vortrag aus Sicherheitsgründen absagen zu müssen. Eine weitere Veranstaltung in unserer Analyse war die für März 2017 geplante Podiumsdiskussion „Die neue Avantgarde“ mit Jongen am Theaterhaus Gessnerallee in Zürich. Mit dem Titel spielten die Organisierenden auf Jongens Selbstbezeichnung als „Avantgarde-Konservativer“ (Neff 2016) an. Als Ziel der Veranstaltung wurde eine Verständigung darüber ausgegeben, was die Kategorien „liberal“, „progressiv“ und „reaktionär“ heute bedeuten (Gessnerallee Zürich 2017b). Nach massivem Protest der linken (Theater-)Szene entschieden sich die OrganisatorInnen die Veranstaltung abzusagen – ebenfalls weil die körperliche Unversehrtheit des umstrittenen Diskutanten nicht gewährleistet werden könne (Gessnerallee Zürich 2017a).² Die letzte untersuchte Veranstaltung ist die einige Monate später tatsächlich durchgeführte Podiumsdiskussion mit Jongen, „The Crisis of Democracy“, die am Hannah Arendt Center for Politics and Humanities des Bard College in New York stattfand. Auch hier entfachte sich eine hitzige Debatte über die Wünschbarkeit einer Wiederausladung bzw. Absage der Veranstaltung, bei der sich allerdings die Protestierenden nicht durchsetzen konnten.

Wir strukturieren die im Kontext dieser drei Veranstaltungen vorgebrachten Argumente in Pro- und Contra- sowie normative und strategische Argumente und gleichen sie mit praxisorientierten Überlegungen ab, die in der breit rezipierten Populismusforschung vorgebracht werden. Durch diese Analyse und Systematisierung, die nicht auf die Häufigkeit bestimmter Argumente abhebt, sondern einen Überblick über deren Bandbreite zu gewinnen anstrebt, will der vorliegende Aufsatz das Orientierungswissen bezüglich des richtigen Umgangs mit radikalen politischen Akteuren wie PopulistInnen vergrößern. An Quellen ausgewertet werden dabei an eine breitere Öffentlichkeit gerichtete, sichtbare Beiträge in traditionellen und neuen Medien. Dass diese ausschließlich populismuskri-

2 Eine Perspektive auf dieselbe Veranstaltung mit verstärktem Fokus auf Extremismustheorie bietet Beron / Turnheim (2019). Zudem wird in ihrem Beitrag dem Umstand Rechnung getragen, dass diese Frage eine spezifische Bedeutung für Theaterhäuser hat.

tisch sind, liegt weniger an der von uns vorgenommenen Quellenauswahl – etwa an der Nichtberücksichtigung medialer Blasen, in denen sich Populismusaffine ihre Meinung bilden, ohne auf Gegenwind zu stoßen – als vielmehr an der Tatsache, dass sich die Frage nach dem Umgang mit PopulistInnen ja nur den KritikerInnen mit Nachdruck stellt.³

Mittelbar zielt die Untersuchung durch die Analyse und Systematisierung von Argumenten aus der Zivilgesellschaft darauf ab, das Verhältnis von politischer Theorie und politischer Praxis als ein interdependentes zu fassen. Insbesondere sollen Erkenntnisse darüber generiert werden, wie und mit welchen Effekten politische Theorie im öffentlichen Diskurs zur Anwendung gebracht wird. Maßgeblich für diesen Aspekt ist die Beobachtung, dass die kritischen und apologetischen Stellungnahmen zu den Einladungen Jongens und Weidels in hohem Grad und häufig auch explizit auf philosophische Theoriebildung rekurrierten und sich über derartige Bezüge zu legitimieren suchten. In der zivilgesellschaftlichen Debatte werden also unterschiedliche politische Theorien in ihrem Gebrauch sichtbar und treten in der Praxis miteinander in Konflikt. Gerade in Anbetracht der Gefahr eines „Philosophismus“ jeder politischen Theorie, das heißt eines Rückzuges in und primäre Wertschätzung von theoretischer Reflexion (Marchart 2010, 110 ff.), kann der vorliegende Beitrag als Aufruf zu einer intensiveren Reflexion über das interdependente Verhältnis von Theorie und Praxis im Rahmen der politischen Theoriebildung verstanden werden: Politische Theorien werden in dem Maß wirksam, wie sie von Teilnehmenden im öffentlichen Diskurs auf konkrete Sachverhalte und Ereignisse in spezifischen Situationen angewendet werden (können). Wie und zu welchem Zweck diese Applikationen erfolgen bzw. erfolgen können, sollte im Zuge der Theoriebildung sowohl antizipativ wie retrospektiv berücksichtigt werden.

In den ersten beiden Schritten rekonstruieren und systematisieren wir die Argumente der Pro- und Contra-Seite der Kontroversen, um im dritten Schritt einen Abgleich mit prominenten Positionen der aktuellen Populismusforschung vorzunehmen. In den Schlussfolgerungen führen wir den durchaus vermeidbaren moralischen Sieg von Jongen und Weidel in den drei untersuchten Fällen auf zwei Hauptfaktoren zurück: Einerseits verloren sich die Debatten in demokratietheoretischen Grundsatzfragen, andererseits kam die Beachtung der jeweiligen Kontextfaktoren zu kurz.

1. Pro: Dekonstruktion durch Inklusion

Der aktuelle Präsident des prestigeträchtigen Debattierklubs Oxford Union, Stephen Horvath, erhoffte sich vom Auftritt der AfD-Fraktionsvorsitzenden Alice Weidel signifikante Erkenntnisgewinne. Unter Berufung auf das Recht der freien Meinungsäußerung weigerte er sich, die Veranstaltung abzusagen (vgl. Shimer 2018a). Bei Weidel, so Horvath, handle es sich um eine einflussreiche Politikerin. Deshalb sei eine Einladung und Auseinandersetzung mit ihr erstrebenswert (vgl. Shimer 2018b). Der Direktor des Hannah Arendt Centers, Roger Berkowitz, rechtfertigte die Einladung des AfD-Bundestagsabgeordneten Marc Jongens zur Konferenz „Crisis of Democracy“ mit Bezug auf die Namensgeberin der einladenden Institution: „For Arendt, hearing opposing opinions is the necessary con-

3 Tatsächlich haben populismusaffine Plattformen (wie zum Beispiel Compact, Junge Freiheit, KenFM, PI, RT Deutsch oder Sezession) allem Anschein nach erst im Nachhinein reagiert und dabei primär darüber reflektiert, was die Debatte über die Ein- bzw. Wiederausladung von Weidel und Jongen über Populismuskritiker aussagt.

dition for a politics of plurality“ (Berkowitz 2017). Das Bekenntnis zu einer pluralistischen Gesellschaftsordnung erfordere die Anhörung abweichender Meinungen. Auch Leon Botstein, Präsident des Colleges, an dem die Konferenz mit Jongen stattfand, erachtete es als die „Mission“ des Hannah Arendt Centers, Individuen mit „häretischen, gefährlichen oder verurteilenswerten“ Meinungen einzuladen (Botstein 2017). Radikal rechte und neo-faschistische Parteien, erklärte Berkowitz (2017), seien nun einmal Teil unserer Gesellschaft. Um ihnen entgegenarbeiten zu können, müsste deren RepräsentantInnen zuerst einmal genau zugehört werden. Ian Buruma, Herausgeber der New York Review of Books und Jongens Gesprächspartner auf dem Podium, betont in einem nachträglich erschienenen Blogbeitrag, dass es bei einer Konferenz über die Krise der Demokratie heute unumgänglich sei, auch populistische Akteure einzuladen. Populismus sei offensichtlich der Kristallisationspunkt einer aktuellen Krise. Ob er aber Ursache oder doch nur Symptom dieser Krise sei, könne nur durch eine scheuklappenlose Auseinandersetzung mit PopulistInnen herausgefunden werden (vgl. Buruma 2017). Auch die Dozentin Francine Prose bewertete die Einladung Jongens positiv und vertrat im Guardian die Meinung, dass ihre Studierenden durch den Besuch von Jongens Talk am Hannah Arendt Center mehr über rechte Ideologie gelernt hätten, als sie aus wissenschaftlichen Seminaren und Fachbüchern hätten ziehen können. Jongen habe sich an der Veranstaltung öffentlich als „Nazi“ entlarvt. Davon Zeuge geworden zu sein, so Prose, stelle eine nicht zu unterschätzende Erfahrung für den effektiven Umgang mit populistischen Kräften dar (vgl. Prose 2017).

Beim abgesagten Podium „Die neue Avantgarde“ am Theaterhaus Gessnerallee in Zürich wurden ähnliche Argumente für eine Einladung Jongens vorgebracht: Wer nicht bereit sei, mit Andersdenkenden in einen Dialog einzutreten und dabei die eigene Position zu reflektieren, betonte der Mitinitiator Jörg Scheller (2017a), habe „in offenen Gesellschaften nichts verloren“. Die Richtigkeit der eigenen Positionen dürfe nicht vorausgesetzt werden, sondern sie müssten sich anderen Positionen stellen und jederzeit kritisierbar sowie revidierbar bleiben. Es sei daher geboten, so Scheller weiter, in eine nüchterne und sachliche Debatte mit populistischen Akteuren einzutreten. Es gelte die Ängste und Bedürfnisse der Gegenseite nachzuvollziehen und gleichzeitig der vereinfachenden Logik der Populisten „langsame, mühevolle, aber nachhaltige Begriffsarbeit“ entgegenzusetzen (Scheller 2017b). Ebenso verurteilt ein Blog-Beitrag der mitorganisierenden Gruppe Operation Libero die Absage des Podiums: Auch Andersdenkende hätten ein Recht auf Meinungsäußerungsfreiheit. Einschränkungen seien nur dann legitim, wenn die Äußerungen Dritten „unmittelbaren Schaden“ zuzufügen drohten. Zudem erzwingen die Auseinandersetzung mit den „Völkisch-Identitären“, die eigenen Ansichten zu überprüfen und argumentativ besser vertreten zu lernen (Operation Libero 2017). Die ZEIT-Journalistin Anne Hähnic meinte wiederum, dass in Anbetracht von Umfragewerten um die 20% die Auseinandersetzung mit PopulistInnen „demokratisch geboten“ sei. Die AfD verschwinde nicht, indem man sie ausschließe oder ausblende. Eine Aufnahme in den Diskurs trage im Gegenteil dazu bei, dass sie an Popularität verliere (vgl. Hähnic 2017). In die gleiche Kerbe schlägt Martin Halter, Journalist bei der Badischen Zeitung: „Die Strategie ‚Nicht einmal ignorieren‘ ist kontraproduktiv. Abgesehen davon sind Redeverbot, Diskussionsboykott und Kontaktsperre keine lupenreinen demokratischen Kampfmittel“ (Halter 2017). Einerseits wird also ins Feld geführt, dass populistische Kräfte an Einfluss gewinnen würden, wenn man sie ignoriert. Andererseits sei der Ausschluss aus dem Diskurs aus demokratietheoretischer Sicht normativ fragwürdig. Patrick Bahners von der FAZ kritisiert dagegen mit Bezug auf den Bestseller von Leo, Steinbeis und Zorn *Mit Rechten Re-*

den (2017), dass durch eine Ablehnung der Auseinandersetzung die Opferpose von PopulistInnen beglaubigt werde (vgl. Bahnert 2017). Eine Bestätigung der populistischen Freund-Feind-Logik stärke nur deren Glaubwürdigkeit. Diesem Gedanken folgend verurteilt auch der Schweizer Theaterregisseur Milo Rau die Absage und ruft dazu auf, den „Kampf anzunehmen“. Es gelte populistische Akteure im offenen Gespräch zu dekonstruieren (Rau 2017). Auch im sozialistischen Umfeld, welches sich ansonsten weitgehend geschlossen gegen den Auftritt Jongens aussprach, wurde diese Ansicht vorgebracht. So warf István Fata von der PdA Zürich ein, dass ein Podium im Unterschied zur Filterblase des digitalen Raums eine persönliche Auseinandersetzung mit Andersdenkenden möglich mache und deshalb eine wichtige demokratische Rolle erfülle. Es wurde eine große Chance vertan, so Fata weiter, die „völkisch-reaktionäre Gesinnung des AfD-Ideologen“ zu entlarven und die eigenen sozialistischen Positionen öffentlichkeitswirksam zu vertreten (Kommunistische Jugend Schweiz 2017).

Auf den ersten Blick auffällig an diesen Stellungnahmen zur Verteidigung der Einladung von PopulistInnen zu öffentlichen Podiumsdiskussionen ist dreierlei: Erstens wird (Rechts-)Populismus als ein globales Phänomen begriffen, das dieselben Herausforderungen an die gesellschaftlichen Ordnungen Englands, der USA oder der Schweiz herantreibt.⁴ Zweitens scheinen öffentlichen Diskussionen im Theatermilieu, Auftritten in universitätsnahen Debattierclubs und Vorträgen im Rahmen von akademischen Konferenzen keine unterschiedlichen Rahmenbedingungen zugesprochen zu werden. Und drittens nehmen die Argumente für eine Podiumsdiskussion mit PopulistInnen mal normativen (A), mal strategischen (B) Charakter an. Diese zwei argumentativen Grundtypen können wie folgt auf den Punkt gebracht werden:

(A) Es ist normativ inakzeptabel, populistische Akteure aus der Diskussion auszuschließen.

(B) Populistische Akteure vom Diskurs fernzuhalten, ist strategisch kontraproduktiv.

Wird die Notwendigkeit, mit populistischen Akteuren zu sprechen, als allgemeines gesellschaftliches Gebot aufgefasst (A), leitet sich dieses aus einem Bekenntnis zur pluralistischen Demokratie ab. Demokratie ist für die VertreterInnen dieses Verständnisses dadurch gekennzeichnet, dass ein Ringen oder eine Deliberation darüber stattfindet, was das Beste für die Gesellschaft sei. Zumal keine Gewissheit darüber erlangt werden könne, worin dieses gesellschaftlich Beste konkret besteht, müssen zu diesem Diskurs alle grundsätzlich vorbehaltlos zugelassen werden. Zugleich mag dem demokratischen Verfahren ein epistemischer Wert auch über das Postulat der Existenz eines vernünftigen Pluralismus zugesprochen werden, und zwar insofern, als die Artikulation unvernünftiger Standpunkte den vernünftigen dazu dienen kann, sich ihrer selbst zu vergewissern (vgl. u. a. Mill 1978; Habermas 1981).

Dabei kann zwischen zwei Spielarten des pluralistischen Inklusionsgebots unterschieden werden. Entweder wird ins Feld geführt, dass der Miteinbezug aller unterschiedlichen Meinungen prinzipiell geboten ist: Je mehr Individuen an der Deliberation partizipieren, desto demokratischer ist die Gesellschaft (vgl. Strecker / Schaal 2016). Um zur Deliberation zugelassen zu werden, müssen aber gewisse Bedingungen wie Rationalität, Kritikfä-

4 Unterstützt werden kann dies durch den Befund, dass sich die „Prozesse der Wirkung“ von populistischer Kommunikation zwischen den Nationen nicht wesentlich unterscheiden würden (Schemer et al. 2018: 127).

higkeit und die potentielle Revidierbarkeit der eigenen Ansicht erfüllt sein.⁵ Wer nicht bereit zu einer Diskussion mit offenem Ausgang ist, hat auch kein Recht auf eine solche. Dies trifft sich mit der Überlegung, dass wenn freie Meinungsäußerung ein demokratischer Grundpfeiler ist, folglich keine Meinungen toleriert werden müssen, die genau dieses Prinzip missachten (van Mill 2018). Alternativ kann (A) primär über die Kategorie der empirischen Legitimität⁶ betrachtet werden, womit sich die Repräsentation von Interessen als relevantes Inklusions- bzw. Exklusionskriterium erweist. Miteinzubeziehen sind dementsprechend alle Ansichten, die von einem signifikanten Anteil der Bevölkerung geteilt werden. Dagegen wird die Übergehung oppositioneller Kleinstminoritäten als entschuldigbar erachtet. Francis Fukuyama (1989: 10) sprach in einem ähnlichen Zusammenhang einmal davon, dass man nicht „every crackpot messiah“ ernst nehmen müsse. Die normativen Argumente für eine diskursive Inklusion können damit wie folgt dargestellt werden:

- (A1) Individuen, die bereit sind, ihre eigene Meinung kritisch zu hinterfragen und potenziell zu revidieren, sollten in die öffentliche Deliberation miteinbezogen werden. Individuen vom Diskurs auszuschließen ist undemokratisch (Botstein, Halter, Scheller).
- (A2) Politische Akteure, die einen signifikanten Anteil der Bevölkerung repräsentieren bzw. einen beträchtlichen Einfluss haben, müssen in den öffentlichen Diskurs miteinbezogen werden (Berkowitz, Botstein, Hähnig, Horvath, Scheller).

Das strategische Argument (B) behauptet, dass sich die empirische Legitimität populistischer Kräfte durch Miteinbezug in den Diskurs schwächen lässt. Dies könne durch drei verschiedene Kanäle erfolgen: Erstens würde die Glaubwürdigkeit von populistischen Kräften verringert, weil die diskursive Einbeziehung der Mär einer schweigenden (bzw. ungehörten) Mehrheit performativ entgegenwirkt. Entgegen der Behauptung, das Establishment ignoriere den BürgerInnenwillen, wäre für Betrachtende erkennbar, dass es am Willen zuzuhören nicht mangelt bzw. dass die Elite kein homogener Block ist (vgl. Leo et al. 2017). Zweitens bestehe die Möglichkeit, PopulistInnen in der öffentlichen Auseinandersetzung zu dekonstruieren und bloßzustellen. Wirksam sei beispielsweise, populistische Argumente als etwas anderes (zum Beispiel rassistisch) zu entlarven, als sie zu sein vorgeben (zum Beispiel konservativ). Als drittes und letztes Verständnis von (B) wird von den Organisierenden angeführt, dass es nötig sei, sich populistische RepräsentantInnen anzuhören um sie zu *verstehen*. Einsicht in die populistische Denkweise sei eine Grundvoraussetzung dafür, wirksam gegen Populismus vorzugehen. Am besten könne man sich dieses Wissen in der direkten Auseinandersetzung mit PopulistInnen erarbeiten. Die Argumente, die eine strategisch positive Wirkung des Miteinbezugs von PopulistInnen versprechen, lassen sich damit wie folgt präsentieren:

5 Exemplarisch für eine Emphase dieser Bedingungen steht Herbert Marcuses klassischer Aufsatz „Repressive Toleranz“ (1970).

6 „Empirische Legitimität“ meint das Resultat des politischen Ringens um Deutungshoheit. Die Kategorie bezieht sich also auf die faktische Zustimmung zu ideologischen Positionen, nicht um deren normative Zustimmungswürdigkeit. Theoretisch grenzt sich dieser Begriff also von „Legitimitätsglaube“ an eine Herrschaft (Weber 1988) oder „Zustimmungswürdigkeit“ einer bestehenden Ordnung oder politischen Institution (Habermas 1971) ab (für eine Übersicht vgl. Schmelzle 2015; Kemper 2015).

- (B1) Eine Aufnahme in den Diskurs schadet der Glaubwürdigkeit von populistischen Akteuren, weil sie dem von ihnen vorgetragenen Freund-Feind-Schema zuwiderläuft (Bahners, Hähnig, Halter).
- (B2) Eine Aufnahme in den Diskurs wirkt der Attraktivität populistischer Positionen entgegen, weil sie in der öffentlichen Debatte kritisiert, dekonstruiert und verworfen werden können (Fata, Prose, Rau).
- (B3) Man kann Populismus nur entgegenarbeiten, wenn man ihn versteht. Verstehen kann man ihn nur, wenn man mit seinen RepräsentantInnen ins direkte Gespräch tritt (Berkowitz, Botstein, Buruma, Operation Libero, Scheller).

Einerseits haben wir gesehen, dass sich die normativen Argumente für eine diskursive Inklusion (A) auf eine bestimmte Gesellschaftskonzeption stützen, namentlich die der pluralistisch-deliberativen Demokratie. Auch wenn man diese teilt, so ist die Aufnahme in den Diskurs nicht unter allen Umständen geboten, sondern stets an bestimmte Bedingungen geknüpft – Bereitschaft zur Revision der eigenen Meinung (A1) oder Repräsentation von signifikanten Interessen (A2). Andererseits setzen die strategischen Argumente für einen Auftritt von PopulistInnen (B) bestimmte Mechanismen voraus, wie politische Positionen empirische Legitimität erreichen bzw. verlieren – (B1) und (B2). Das Argument (B3), dass ein direkter Miteinbezug nötig ist, um gegen PopulistInnen vorzugehen, ist von der legitimatorischen Wirkung unabhängig, es basiert jedoch auf der Prämisse, dass die Einladung des populistischen Akteurs Erkenntnisgewinne bringt, die zu deren Marginalisierung von Nutzen sind.

	Normative Gründe	Strategische Gründe
Pro	Individuen, die bereit sind ihre eigene Meinung kritisch zu hinterfragen und potenziell zu revidieren, sollten in die öffentliche Deliberation miteinbezogen werden. (A1)	Eine Aufnahme in den Diskurs schadet der Glaubwürdigkeit von populistischen Akteuren, weil sie dem von ihnen vorgetragenen Freund-Feind-Schema zuwiderläuft. (B1)
	Politische Akteure, die einen signifikanten Anteil der Bevölkerung repräsentieren bzw. einen beträchtlichen Einfluss haben, müssen in den öffentlichen Diskurs miteinbezogen werden. (A2)	Eine Aufnahme in den Diskurs wirkt der Attraktivität populistischer Positionen entgegen, weil sie in der öffentlichen Debatte kritisiert, dekonstruiert und verworfen werden können. (B2)
		Man kann Populismus nur entgegenarbeiten, wenn man ihn versteht. Verstehen kann man ihn nur, wenn man mit seinen RepräsentantInnen ins direkte Gespräch tritt. (B3)

Tabelle 1: Die Pro-Argumente aus der zivilgesellschaftlichen Debatte

Im nächsten Abschnitt werden wir die Contra-Seite rekonstruieren. Dabei wird klar werden, dass in der zivilgesellschaftlichen Debatte weder über die Vorstellung, welche Gesellschafts- oder Politikform erstrebenswert ist, noch darüber wie Legitimität erlangt wird, Einigkeit herrscht.

2. Contra: Delegitimierung durch Exklusion

Kristina Kämpfer und Kristina Lunz sind die Initiantinnen eines offenen Briefes, der sich gegen die Einladung von Weidel an die Oxford Union richtete. Als Hauptproblem diagnostizierten sie, dass es sich bei der geplanten Veranstaltung nicht um eine Debatte handle, an welcher Weidel etwas entgegengesetzt werden könnte. Zudem seien wichtige Hintergrundinformationen über Weidel und die AfD von der Oxford Union verschwiegen worden, weswegen über – die bis dato in England unbekannte – Weidel ein falsches Bild entstehen würde (vgl. Kämpfer / Lunz 2018). „Wir fordern die Oxford Union daher auf, die Einladung Weidels zurückzuziehen oder ein Format zu wählen, welches einen gleichberechtigten und demokratischen Diskurs zulässt“ (Offener Brief zum Besuch von Alice Weidel in der Oxford Union 2018: 1). Gäbe es im Rahmen der Veranstaltung der Oxford Union die Möglichkeit, Weidel und ihre Aussagen in einen Kontext zu setzen und kritisch zu hinterfragen, wären die Anliegen der InitiantInnen befriedigt. So hingegen könnte sich Weidel mit dem Ansehen der Oxford Union, die sonst vor allem SpitzenpolitikerInnen und Berühmtheiten aus Wissenschaft und Literatur einlädt, schmücken und ihren nationalistischen bis rassistischen Ideen einen legitimen Anstrich verleihen. Die Meinungsfreiheit werde dadurch nicht beschnitten, da es nur darum gehe, dass Weidel nicht in diesem Format eingeladen werden dürfe: „Das Recht zur freien Meinungsäußerung ist nicht dasselbe wie das Recht auf eine Plattform“ (Kämpfer / Lunz 2018).

Im unter anderem von Judith Butler, Nancy Fraser und Axel Honneth unterzeichneten offenen Brief ans Hannah Arendt Center wird Berkowitz und Botstein vorgehalten, dass sie durch die Einladung Jongen die Möglichkeit gegeben hätten, die AfD-Ideologie zu verharmlosen und zu verbreiten. Jongen habe die AfD-Ideologie in einer prestigeträchtigen Forschungsinstitution vortragen können. Mithilfe seines philosophischen Jargons habe er fremdenfeindlichen Aktionen, wie solchen der Organisation Pegida, einen Anschein normativer Fundiertheit verleihen können. Dies zuzulassen widerspreche der gesellschaftlichen Verantwortung der OrganisatorInnen. Außerdem, so der offene Brief weiter, hätte es an GegenspielerInnen zu Jongen gefehlt: gerade Geflüchteten und MuslimInnen, über die mit Jongen so viel gesprochen wurde, sei keine Vertretung auf dem Podium gewährt worden. Dass das Arendt Center dann auch noch, ebenso wie Jongen selbst, selektiv Kurzmitschnitte des Talks über Social Media verbreitet habe, räume die letzten Zweifel daran aus, dass die Veranstaltung der AfD in die Hände gespielt habe. Der Brief endet mit der Beteuerung, dass es den Unterzeichnenden nicht um eine Beschneidung der Meinungsfreiheit gehe, sondern darum „whether he [Marc Jongen] should be granted the privilege and power to use the Hannah Arendt Center to advance his agenda“ (Open Letter to the Hannah Arendt Center at Bard College 2017).

Daniela Janser von der Schweizerischen Wochenzeitung WOZ teilt diese Ansicht und meint Jongen habe durch die medialen Vertriebskanäle „gratis und mühelos eine viel breitere Streuung“ erhalten, „als es die eigene beschränkte Reichweite je erlaubte“ (Janser 2017).⁷ Sonja Vogel von der taz, die tageszeitung geht einen Schritt weiter. Sie kritisiert die Ansicht, dass man mit „radikalen Rechten“ reden müsse, um sie zu verstehen (Vogel 2017). Eine solche Toleranz gegenüber Intoleranz schade Minderheiten, wie zum Beispiel MigrantenInnen. Jongen und die AfD würden gegen ein Gesellschaftsmodell der Meinungsvielfalt

7 Der Umgang von populistischen Akteuren mit digitalen Verbreitungstechniken in den sozialen Medien wird im dritten Kapitel des vorliegenden Beitrags angesprochen.

kämpfen, weswegen sie keine legitimen Gesprächspartner seien. Den Vorwurf der Naivität bringt auch der Philosoph Hannes Bajohr in einem ZEIT-Artikel vor, bezieht sich darin aber weniger auf das Paradox der Toleranz als mehr auf die Erwartungen der Organisierenden. So seien viele Faktoren, die eine konstruktive Deliberation „verhindern und verzerren“ müssen, komplett übersehen worden (vgl. Bajohr 2017). Die Organisierenden hätten vergessen, dass Jongens Publikum nicht nur aus den BesucherInnen der Konferenz bestehe, sondern auch aus einer Öffentlichkeit im Internet. Die Verbreitung der Rede Jongens über Twitter im Namen des Arendt Centers habe einer institutionellen Würdigung geglichen. Außerdem sei abzusehen gewesen, dass sich Jongen nicht auf den erhofften rationalen Diskurs der Konferenz einlassen, sondern eine Bierzeltrede im akademischen Gewand halten würde. Das Kalkül radikaler Intellektueller wie Jongen bestehe nun einmal darin, mit Parolen – und nicht mit Argumenten – in die Sprache und das Denken der politischen Mitte vorzudringen. Liberale Institutionen, wie das Arendt Center, trügen durch solche Einladungen dazu bei, dass die AfD ihre Attraktivität über den rechten Rand der Gesellschaft hinaus vergrößern könne. Wer mit Rechten wie Jongen reden wolle, der müsse „sich sehr genau überlegen, wo man es tut, unter welchen Umständen und mit welchen symbolischen Konsequenzen“ (Bajohr 2017).

Auch die AutorInnen des offenen Briefs an die Organisierenden des Podiums „Die neue Avantgarde“ an der Gessnerallee kritisieren die Einladung von Jongen scharf. Einem der „raffiniertesten Demagogen der AfD“ ein solches Forum zu gewähren, zeuge von „Blauäugigkeit“ (Open Letter against giving AfD stage in Zurich Theater 2017). Sie streiten ab, dass man Jongen in einem rationalen Diskurs dekonstruieren bzw. entlarven könne. Außerdem legitimiere sein mantraartig angeführtes Konzept des „Volkszorns“ – Jongens Forderung nach einer Rückkehr des „Thymos“ in die deutsche Politik (Benger und Bingener 2016) – Gewalt an Andersdenkenden und Minderheiten: „every time a theatre event is disturbed, every attack on a leftist bookstore, every burning refugee shelter is an applied case of ‚rage politics‘ legitimized by this very discourse“ (Open Letter against giving AfD a stage in Zurich Theater 2017). In mehreren Artikeln vertritt auch der WOZ-Journalist Kaspar Surber die Meinung, dass die bloße Einladung Jongens eine katalysatorische Wirkung auf seine politische Popularität habe. Schadensbegrenzung hätte seiner Meinung nach höchstens durch die Einbeziehung einer dezidiert „postmigrantische[n] und feministische[n]“ Gegenposition auf dem Podium erreicht werden können (Surber 2017). Zur selben Einschätzung kam auch die Bewegung für Sozialismus, die auf ihrer Website unmittelbar nach Ankündigung der Veranstaltung zur Absage aufrief (vgl. Bewegung für Sozialismus 2017a). Es gleiche einer Realitätsverweigerung, in der AfD eine „nicht verbotene und ergo den Verfassungsgrundsätzen verpflichtete“ Partei zu sehen, da sie enge Verbindungen zu „offen rassistischen, gewalttätigen und Holocaust-verharmlosenden Kreisen“ (Bewegung für Sozialismus 2017b) pflege. Die AfD ermuntere willentlich zur Gewalt gegen Minderheiten. Im Gegensatz zu den Organisierenden der Veranstaltung ließe sich die AfD nicht auf ein zivilisiertes Gespräch mit Angehörigen von Minderheiten ein, denen „nichts anderes als die Angst und möglicherweise das Bewusstsein, dass der nächste Übergriff noch schlimmere Folgen haben kann“ bliebe (Bewegung für Sozialismus 2017b). PopulistInnen von öffentlichen Veranstaltungen und Talkshows auszuschließen fordert auch Anjuska Weil von der PdA Zürich. Rassistisches und faschistisches Gedankengut müsse als solches deklariert und aus dem Diskurs ausgeschlossen werden. Nur durch eine Wiederausladung Jongens könne der schon durch die Einladung angerichtete Schaden annähernd gutgemacht werden: „dies nicht allein, weil er seine Positionen nicht breit vertreten könnte, sondern auch, weil er nicht als ‚respektable Person‘ wahrgenommen“ (Weil 2017).

nommen würde“ (Kommunistische Jugend Schweiz 2017). Laut dem unter dem Namen „P. Postlethwaite“ veröffentlichten Beitrag im Magazin für autonomen Journalismus *ajour* verfolge die AfD primär das Ziel, „gesellschaftliche Debatten zu polarisieren und Präsenz zu zeigen“ (Postlethwaite 2017). Es gehe ihr nicht darum, in nüchternen Debatten Argumente auszutauschen. Viel eher orientiere sie sich an Antonio Gramscis Hegemonietheorie (vgl. Bieling 2016). „Intellektuelle“ wie Jongen hätten in der parteiinternen Arbeitsteilung die Aufgabe, die Positionen der AfD im öffentlichen Diskurs zu verankern.

Bei den Positionen gegen eine Einladung von PopulistInnen lässt sich weniger klar zwischen normativen und strategischen Elementen trennen, zumal erstere meist weitere motivieren. Dennoch können sie grundsätzlich auch unabhängig voneinander vorgetragen werden, weswegen eine Unterscheidung sinnvoll ist:

(C) Populistische Akteure zu einem Podium einzuladen, ist moralisch verwerflich.

(D) Populistischen Akteuren eine Plattform im akzeptierten öffentlichen Diskurs anzubieten, ist strategisch fatal. Ihnen kein Forum zu bieten, ist hingegen eine wirksame Maßnahme zur Eindämmung ihres Einflusses.

Das normative Argument (C) kann sich auf verschiedene Prinzipien stützen. Prominent vertreten ist die Ansicht, dass Auftritte von AfD-PolitikerInnen Gewalt an Minderheiten und Andersdenkenden legitimiere. Sowohl inhaltlich, durch Jongens Forderung nach einer Rückkehr des „Thymos“, wie auch allein durch seine Zugehörigkeit zur AfD und deren Nähe zu gewaltbereiten Gruppierungen trage ein Auftritt Jongens zu Übergriffen und Gewaltakten bei. Indem er öffentlich für mehr „Volkszorn“ in der Politik plädiere und Geflüchtete als Kriminelle und „Aliens“ (Jongen 2017a) bezeichne, liefere er diskursive Vorarbeit für Angriffe auf Unterkünfte und MigrantInnen. Das normative Argument moniert also nicht einen Verstoß gegen das ‚harm principle‘, demzufolge anderen Personen direkt Schaden zuzufügen – und sei es durch einen Sprechakt – moralisch verwerflich ist (vgl. Mill 1978: 9). Vielmehr richtet sich der Vorwurf gegen die Fahrlässigkeit, die Förderung eines fremdenfeindlichen Klimas gesteigerter Gewaltbereitschaft in Kauf zu nehmen. Das bedeutet, dass eine quasi-kausale Verbindung zwischen diskursiven Handlungen und tatsächlicher Gewaltausübung postuliert wird. Jongens Aussagen würden den Rahmen des gesellschaftlich Sag- und Machbaren beeinflussen und damit das Paradox der Toleranz einseitig zugunsten der Intoleranz auflösen.⁸

Alternativ mag die Einladung Jongens und Weidels aus intimst demokratietheoretischen Gründen verurteilt werden. Wie bereits erwähnt ist in gängigen Konzeptionen die Teilnahme am deliberativen Prozess an gewisse Bedingungen geknüpft wie z. B. die mögliche Infragestellung und die Revidierbarkeit der eigenen Meinung. Während das normative Pro-Argument (A1) auf dieser Grundlage die Auseinandersetzung mit kontroversen Akteuren wie PopulistInnen einfordert, spricht das analoge Contra-Argument Jongen und Weidel ab, die Bedingungen für die Aufnahme in den demokratischen Diskurs zu erfüllen. Dementsprechend würden Weidel und Jongen an solchen Diskussionsforen nur teilnehmen wollen, um die AfD-Ideologie zu propagieren, nicht aber um in rationaler Manier aktuelle Themen ergebnisoffen zu diskutieren. Geraten unterschiedliche demokratische Werte miteinander in Konflikt, muss abgewogen werden, denn eine bedingungslose moralische Pflicht zur offenen Diskussion wäre widersinnig. Im Fall etwa von Hassrede oder

8 Für ein Beispiel aus einem anderen Zusammenhang, welches diskursive Vorarbeit als Bedingung der Möglichkeit realer Gewalt hervorhebt, siehe Edward Saids Orientalism (1978).

Meinungsäußerungen gegen demokratische Grundwerte wie Gleichheit oder Freiheit spricht einiges für eine diskursive Ausgrenzung, auch wenn die Bereitschaft zur Auseinandersetzung mit heterodoxen Meinungen ein demokratisches Gebot darstellt (vgl. Fish 1994). Träfe nun auf Jongens und Weidels Positionen zu, dass sie einen ebensolchen Angriff auf die offene Gesellschaft darstellen, so wäre zu schlussfolgern, dass ihnen keine Plattform gegeben werden sollte, und zwar – pace (A2) – unabhängig davon, ob sie die Meinung eines signifikanten Anteils der Bürgerschaft repräsentieren. Wird vertreten, dass populistische Akteure die Teilnahmebedingungen in den politischen Diskurs nicht erfüllen, so kann dies also entweder in Bezug auf die fehlende Bereitschaft zur Revision der eigenen Meinung oder mit dem Hinweis darauf, dass populistische Positionen anderen demokratischen Grundwerten widersprechen, gefordert werden. Das Bündel normativer Contra-Argumente (C) kann somit wie folgt zergliedert werden:

- (C1) Populistische Positionen tragen zur Gewalt gegen Minderheiten und Andersdenkende bei, indem sie ein Klima der Gewaltbereitschaft und Fremdenfeindlichkeit fördern. Ihnen sollte darum keine Plattform gegeben werden. (Bewegung für Sozialismus, Kämpfer/Lunz, Open Letter to the Bard College, Open Letter against giving AfD stage in Zurich Theater, Surber)
- (C2) Populistische Akteure sind grundsätzlich nicht bereit, ihre Meinungen zu revidieren. Deshalb erfüllen sie die Teilnahmebedingungen des demokratischen Diskurses nicht und sollten von öffentlichen Podiumsdiskussionen ausgeschlossen werden. (Bajohr, Bewegung für Sozialismus, Postlewaith, Stämpfli, Vogel, Weil)

Neben diesen normativen Contra-Argumenten bringen die Gegner der Einladungen unterschiedliche strategische Überlegungen vor: Ein Miteinbezug von Populisten in den öffentlichen Diskurs muss deren Glaubwürdigkeit schließlich nicht schwächen. Bei der Gessnerallee sowie dem Hannah Arendt Center for Politics and Humanities handelt es sich um anerkannte Orte der reflexiven Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Themen. Eine Einladung Jongens, so fürchten KritikerInnen, werde nicht als Zeichen der Toleranz, sondern der internationalen Relevanz und grundsätzlichen Akzeptanz gewertet. Durch eine Einladung des Arendt Centers sei Jongens politischen Ansichten zudem ein akademischer Nimbus verliehen worden. Im Falle der Einladung Weidels an die Oxford Union scheint diese Befürchtung umso plausibler, da es sich um einen noch prestigeträchtigeren Ort handelt.

Abgesehen von der Frage der impliziten Anerkennung von populistischen Ansichten durch die offizielle Miteinbeziehung in den Diskurs divergieren strategische Argumente dahingehend, ob eine effektive Dekonstruktion populistischer Ansichten im Rahmen einer Podiumsdiskussion überhaupt möglich ist. Einige Beiträge machen auf die spezifische Zusammensetzung der Gesprächsrunden aufmerksam, womit impliziert wird, dass eine ausgewogenere Besetzung der Diskussionsteilnehmenden einen empirischen Legimitätswachstum von Jongens und Weidels Ansichten hätte verhindern können. Wenn den Organisierenden solcher Diskussionsrunden, so das Argument, eine demokratisch-epistemische Funktion zukommt, so müssen diese ein spezifisches „Framing“⁹ der Beiträge, welches zum Beispiel auf Faktentreue oder Ausgewogenheit pocht, gewährleisten. Dies wurde in

9 „Framing“ wird definiert als die Tätigkeit „to select some aspects of a perceived reality and make them more salient in a communication text, in such a way as to promote a particular problem definition, causal interpretation, moral evaluation, and/or treatment recommendation for the item described“ (Entman 1993: 52); vgl. dazu im politischen Kontext Wehling (2016).

den Augen der Kommentierenden schlicht verpasst: An der Oxford Union hätte Weidels Vortrag weder in einen Kontext gestellt noch kritisch hinterfragt werden können (vgl. Kämpfer / Lunz 2018). Am Arendt Center seien Jongens Positionen nicht genügend angegriffen (vgl. Ganz 2017) und an der Gessnerallee keine starken linken Gegenstimmen eingeladen worden. Letztlich sei die Aufgabe der Dekonstruktion auf das Publikum abgeschoben worden (vgl. Surber 2017). Wichtig ist hierbei zu betonen, dass gemäß diesen AutorInnen eine Einladung grundsätzlich positiv oder zumindest neutral zu bewerten ist, insofern eine ausgeglichene Besetzung des Podiums gewährleistet wird.

Andere hingegen vertreten die Meinung, dass eine wirksame Dekonstruktion im digitalen Zeitalter gar nicht mehr möglich ist. In den sozialen Medien könnten Reden aus dem Kontext gerissen und bar jeglicher kritischen Prüfung unter die Followers gejubelt werden (vgl. Vogel 2017). Was auf dem Podium tatsächlich geschieht, ob man sich zum Beispiel mit Jongens Ansichten und den Positionen der AfD partout nicht einverstanden erklärt hat, gerate gar nicht in den Fokus der digitalen Öffentlichkeit. Jongen habe sich auf Twitter und Facebook als Mitdiskutant auf Augenhöhe und das Podium als Gewinn für seine „Sache“ präsentieren können (vgl. Jongen 2017a; 2017b).¹⁰ Diese medientheoretischen Betrachtung (auf die wir im Schlussteil nochmals zurückkommen) ergänzend wird unterstellt, dass es gar nicht im Interesse von PopulistInnen liege, sich auf sachliche Diskussionen einzulassen. Die Plausibilität ihrer Position könnte darunter schließlich leiden. Es müsse daher erwartet werden, dass PopulistInnen bei Podiumsdiskussionen sogar auf die Verhinderung eines rationalen Disputs hinwirken. Wiederum werden also Zweifel bezüglich der Wünschbarkeit einer diskursiven Miteinbeziehung von PopulistInnen (A) sowie der Möglichkeit einer effektiven Dekonstruktion (B2) angemeldet.

Contra-Argumente des strategischen Typs (D1, D2) teilen sich also auf in jene, die (B2) zwar prinzipiell akzeptieren, aber dessen fehlende Umsetzung bemängeln (Ganz, Kämpfer / Lunz, Open Letter against giving AfD stage in Zurich Theater, Surber) und solche, die gar nicht erst an die Möglichkeit von (B2) glauben, weil entweder die Verbreitungstechnologie dies nicht zulasse (Bajohr, Vogel) oder PopulistInnen nicht an rationalen Disputen interessiert seien (Bajohr, Postlewaith).

Die Argumente gegen eine Einladung von PopulistInnen lassen sich damit wie folgt schematisieren:

	Normative Gründe	Strategische Gründe
Contra	Populistische Positionen tragen zur Gewalt gegen Minderheiten und Andersdenkende bei, indem sie ein Klima der Gewaltbereitschaft und Fremdenfeindlichkeit fördern. Ihnen sollte darum keine Plattform gegeben werden. (C1)	Die Einladung von populistischen Akteuren auf anerkannte Plattformen trägt zu deren empirischen Legitimität bei – jedenfalls insofern sie nicht mit überlegenen Diskussionsgegnern konfrontiert werden. (D1)
	Populistische Akteure sind grundsätzlich nicht bereit, ihre Meinungen zu revidieren. Deshalb erfüllen sie die Teilnahmebedingungen des demokratischen Diskurses nicht und sollten von öffentlichen Podiumsdiskussionen ausgeschlossen werden. (C2)	Die Einladung von populistischen Akteuren auf anerkannte Plattformen trägt zu deren empirischen Legitimität bei, weil ihre Positionen in einer digitalisierten Welt gar nicht effektiv dekonstruiert werden können. (D2)

Tabelle 2: Die Contra-Argumente aus der zivilgesellschaftlichen Debatte

10 Geiss / Schäfer (2017) belegen zudem, dass allein die Sichtbarkeit einer Partei sich positiv auf ihre Bewertung und Wahlchancen auswirken kann. In der Psychologie ist dies als „mere-exposure effect“ bekannt (vgl. Zajonc 1968).

3. Ein Abgleich mit der aktuellen Populismus-Forschung

Interessanterweise entsprechen die zwei strategischen Pro-Argumente (B1, B2) recht genau den in der besonders breit rezipierten Populismusforschung vorgetragenen Empfehlungen zum Umgang mit PopulistInnen. Laut Jan-Werner Müller wie Cas Mudde und Cristóbal Rovira-Kaltwasser besteht der einzige gangbare Weg mit PopulistInnen in der „Auseinandersetzung und nicht im automatischen Ausschluss“ (Müller 2017: 97; vgl. Mudde / Kaltwasser 2017: 118). Die Errichtung eines „cordon sanitaire“ wird – entsprechend (B1) – abgelehnt. Diesen Theoretikern zufolge besteht denn auch eine Haupteigenschaft von Populismus in einem manichäischen Weltbild, welches die Gesellschaft in homogene Blöcke unterteilt. Ein diskursiver Miteinbezug, so das Kalkül, kontere die populistische Polarisierungsstrategie und wirke mittelbar dieser für das Funktionieren der liberalen Demokratie so nachteilhaften Verhärtung der Fronten entgegen. Auch (B2), demzufolge eine Einladung strategisch wünschenswert ist, weil sich populistische Lösungsangebote in der öffentlichen Debatte kritisieren und dekonstruieren lassen, halten die genannten Autoren in einer Variante für plausibel. Laut Kaltwasser und Mudde sind Populismen Symptome einer Dysfunktionalität der repräsentativen Demokratie. BürgerInnen fühlten sich von den aktuellen politischen RepräsentantInnen nicht vertreten und seien deshalb für die anti-elitäre Logik des Populismus empfänglich (Mudde und Kaltwasser 2017: 109). Durch die Ächtung von PopulistInnen könne deshalb nichts gewonnen werden. Indem man sie einlade und ihnen zuhöre, könne man sich hingegen ein klareres Bild bezüglich der vernachlässigten Bedürfnisse – echter „claims and grievances“ (ebd.: 109) – verschaffen, um daraufhin liberal-demokratische anstelle populistischer Lösungsansätze zu entwickeln (ebd.: 118). Gleichmaßen bekräftigt Müller, dass die Erfolge populistischer Bewegungen „wichtige Symptome für real existierende Herausforderungen einer Gesellschaft sein können“ (Müller 2017: 96). Eine Verweigerung gegenüber dem Streitgespräch mit PopulistInnen birgt damit das Risiko, dass man tatsächliche, tieferliegende Probleme in der Gesellschaft übersieht.

Dieses Plädoyer für eine proaktive Auseinandersetzung mit RechtspopulistInnen ist genuin instrumenteller Natur. Nur durch die diskursive Miteinbeziehung kann die Attraktivität vereinfachender oder irregeleiteter Lösungsvorschläge verringert und Alternativen entwickelt werden, die gesellschaftliche Probleme wirklich zu lösen und die liberale Demokratie zu stabilisieren imstande sind. Die normative Evaluation von Populismen, die aus Müllers Sicht ja nicht nur antiliberal sondern wesensmäßig sogar antidemokratisch sind (vgl. Müller 2017: 121), tangiert die Handlungsempfehlungen der drei Populismusforscher darum überhaupt nicht. Wohingegen sich das normative Argument (A2) für eine Einladung zum Beispiel Jongens und Weidels ausspricht, weil sie eine quantitativ signifikante Bevölkerungsgruppe repräsentierten, weisen Mudde und Kaltwasser sowie Müller darauf hin, dass Pluralismus nicht an und für sich positiv zu werten sei, sondern nur insofern er tatsächliche „Interessen und Identitäten der individuellen Bürger“ (Müller 2017: 98) ernst zu nehmen hilft. Gleichwohl besteht natürlich die Möglichkeit, dass RechtspopulistInnen mit ihren öffentlich erhobenen Forderungen zwar neue Interessen und Identitäten individueller BürgerInnen generieren, nicht aber bereits bestehende repräsentieren. Wenn dies der Fall ist, verpufft das normative Argument (A2), freilich ohne sogleich ein normatives oder auch nur strategisches Argument für die Wiederausladung zu nähren.

Andere AutorInnen der Populismusforschung haben Argumente artikuliert, die sich für eine Einladung Jongens und Weidels hätten nutzbar machen lassen, die in der zivilge-

sellschaftlichen Debatte aber nicht präsent zu sein scheinen. KritikerInnen einer technokratisierten „Para-Politik“¹¹ im Sinne Jacques Rancières (2002: 83 ff.) sehen im Populismus zwar keinen normativen Wert an sich, immerhin jedoch ein wünschenswertes Korrektiv wie Karin Priester (2012: 7) oder Klaus von Beyme, der im Populismus ein Gegengift gegen den „Passivismus in der etablierten Parteilandschaft“ erkennt (2018: 126).

Über einen Umweg lässt sich dieses Argument auch aus der postmarxistischen Tradition herleiten, die namentlich durch Ernesto Laclau (2005) und Chantal Mouffe (2018) geprägt wurde. Ihrem Verständnis folgend stellt sich Populismus als diskursive Logik dar, die den sozialen Raum dichotomisiert, um heterogene Reformforderungen des Status quo zu einer gemeinsamen Allianz zusammenschmieden. Solche Prozesse der „Äquivalenzkettenbildung“ sind alltägliche Phänomene in demokratisch verfassten Gemeinwesen. „Populismus“ bezeichnet in diesem Verständnis daher einfach den ontologischen Modus Vivendi demokratischer Politik. Selbstverständlich mögen konkrete Projekte einer solchen Allianzbildung moralisch verwerflich sein, wie Mouffe (und Laclau) für Rechtspopulismen auch zu bekräftigen geneigt sind.¹² Aus dieser Sicht kann die Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus aber als durchaus positiv gewertet werden, da sie durch dessen Systemkritik auf die Kontingenz der aktuellen politischen Ordnung aufmerksam macht und so die Notwendigkeit einer gegenläufigen Bewegung demonstriert. Das heißt, selbst wenn man in der nativistischen Rechten den eigentlichen, zu bekämpfenden Hegemon erkennen will und nicht etwa in einem technokratischen Neoliberalismus, so kann die Konfrontation mit RechtspopulistInnen doch zu jener „Radikalisierung der Demokratie“ (Mouffe 2018: 39 ff.) verhelfen, auf die AutorInnen wie Mouffe so große Hoffnungen setzen. In vereinfachter Form kann dieses Argument wie folgt in unsere Übersicht mitaufnehmen:

(B4) PopulistInnen wirken der Technokratisierung von Politik sowie der Politikverdrossenheit entgegen und sollten deshalb eingeladen werden.

Auf der Gegenseite trifft sich das Contra-Argument (D2) mit dem erstarkten theoretischen Interesse an den Auswirkungen von Massen- und sozialen Medien für die liberale Demokratie. Was die klassischen Massenmedien – Fernsehen, Radio und Zeitung – anbelangt, so wurde vermehrt eine Wahlverwandtschaft mit dem Populismus konstatiert (Meyer 2006; Mudde 2007: 248 ff.; Mazzoleni 2008; Diehl 2012). Beide würden von der diskursiven Zuspitzung, Emotionalisierung und Polarisierung leben. Zugleich wurden Befürchtungen geäußert, dass der Populismus diese Tendenz der massenmedialen Ökonomie zu lasten ihrer demokratischen Aufgaben der Informationsvermittlung und Transparenzschaffung verschärfe (Meyer 2006: 85 ff.). Die eigentliche Sorge richtet sich indes auf die sozialen Medien, ohne die nach Ansicht einiger (vgl. u. a. Janushek / Reisigl 2014) der „Aufstieg des Populismus“ gar nicht denkbar gewesen wäre. Wohingegen Meyer die Massenmedien als „Gatekeeper“ konzipiert, die die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit erzeugen und steuern können (Meyer 2006: 82); so wären mit Twitter, Facebook und Youtube „populistische Grundmedien“ (Janushek / Reisigl 2014: 8, 214; vgl. Breyer-Mayländer 2017: 64 ff.) aufgetreten, die in erster Linie „Filterblasen“, „Echo-“, „Meinungs-“

11 Für eine alternative Auslegung der antitechnokratischen Qualität populistischer Politik vgl. Caramani (2017).

12 Mouffe (2018) grenzt den Rechtspopulismus als „exklusiv“ von einem wünschenswerten „inkluisiven“ Linkspopulismus ab, auch wenn Populismus als ontologische Kategorie natürlich stets inkludierend und exkludierend zugleich ist. Siehe auch Laclau (2005).

oder gar „Empörungsräume“ erzeugten. Mit ihrer Hilfe könnten radikale und namentlich populistische Parteien, die an einer ausgewogenen, breiten politischen Meinungsbildung kein besonderes Interesse hätten, die klassischen Massenmedien umgehen (vgl. auch Reinemann 2017: 183 f.). In diesem Sinne trügen die sozialen Medien zur Polarisierung der Öffentlichkeit bei und erschweren eine deliberative Debatte zusehends (vgl. Jacob / Thiel 2017: 14). Obschon festzuhalten ist, dass Radio und Fernsehen in Deutschland weiterhin die meistgenutzten Informationskanäle darstellen (vgl. Engel / Breunig 2015) und die eben genannte These der Polarisierung durch soziale Medien empirisch nicht hinreichend untersucht ist (vgl. Reinemann 2017; Boxell et al. 2017; Schemer 2018: 128), scheint es doch plausibel, dass die sozialen Medien strategisches Framing von populistischen Akteuren in zunehmendem Maße begünstigen bzw. dessen Eingrenzung erschweren. Die AfD hat die sozialen Medien denn auch seit ihrer Gründung aktiv genutzt und strategisches Framing gezielt eingesetzt (vgl. Lewandowsky 2014; Schroeder et al. 2017: 44 ff.). Die VeranstalterInnen von Podiumsdiskussionen, an denen RepräsentantInnen der AfD teilnehmen, müssten sich also zumindest darüber im Klaren sein, dass die digitale Weiterverbreitung stets nur „ein Klick entfernt“ (Breyer-Mayländer 2017: 51) und letztlich unberechenbar ist.

Das Contra-Argument (D1), das die Einladung rechtspopulistischer Akteure ablehnt, solange ihnen keine überlegenen Widersacher auf dem Podium entgegengestellt werden, wird unserer Literaturrecherche zufolge nicht gesondert in der Populismusforschung vorgebracht. Dies mag an der relativen Offensichtlichkeit des zugrundeliegenden strategischen Kalküls liegen oder aber daran, dass PopulistInnen Überzeugungskraft lediglich in Situationen wie den zuvor erwähnten digitalen Echoräumen zugesprochen wird, wo ihnen wenig oder sogar nichts entgegengesetzt wird. Tatsächlich würde es sich wohl lohnen, verstärkt über (D1) nachzudenken, zumal jedenfalls die Verhinderungen der Auftritte von Jongen und Weidel (wie auch die Bemühungen der Bundesregierung, soziale Netzwerke zur Löschung offensichtlich rechtswidriger Inhalte zu bewegen) auf populismusaffiner Seite konsequent als Beleg für die „Heidenangst, in der offenen intellektuellen Auseinandersetzung mit den eigenen linken Lebenslügen konfrontiert zu werden“ (Jongen 2017c), gewertet werden. Entscheidender ist jedoch der deutlich zum Tragen kommende Befund, dass in den Pro- und Contra-Argumenten aus der Populismus-Forschung von normativen Gründen weitgehend abgesehen wird. Die moralische Bewertung des Rechtspopulismus fungiert eher als Voraussetzung für die Reflexion über den strategisch geschickten Umgang, aus ihr wird aber gerade kein moralisches In- oder Exklusionsgebot abgeleitet. Wie wir in den folgenden Schlussbetrachtungen nahelegen möchten, kommt dies nicht von ungefähr.

4. Schlussbetrachtungen

Man kann es sich einfach machen und resümieren, dass die Pro- und die Contra-Seite auf ihre je eigene Weise Recht haben. VeranstalterInnen von Podiumsdiskussionen sollen der Kontroverse unterschiedlicher politischer Lager eine Bühne geben. Mit welcher Seite die VeranstalterInnen selbst sympathisieren ist zweitrangig, so ließe sich sagen. Und im Rahmen ihrer Rolle ist wohl der vernünftigste Maßstab für die Einbeziehung von Positionen, ob sie von einer kritischen Masse von Bürgern geteilt werden und dabei nicht als verfassungsfeindlich gelten. BürgerInnen und AktivistInnen hingegen kommt eine ganz andere Rolle im demokratischen Diskurs zu. Sie dürfen, sollen vielleicht sogar parteiisch

sein und für sie ist es grundsätzlich akzeptabel, die legalen Maßnahmen zur Marginalisierung gegnerischer Positionen auszuschöpfen.¹³

	Normative Gründe	Strategische Gründe
Pro	Individuen, die bereit sind, ihre eigene Meinung kritisch zu hinterfragen und potenziell zu revidieren, sollten in die öffentliche Deliberation miteinbezogen werden. (A1)	Eine Aufnahme in den Diskurs schadet der Glaubwürdigkeit von populistischen Akteuren, weil sie dem von ihnen vorgetragenen Freund-Feind-Schema zuwiderläuft. Sie sollten deshalb in den Diskurs miteinbezogen werden. (B1)
	Politische Akteure, die einen signifikanten Anteil der Bevölkerung repräsentieren bzw. einen beträchtlichen Einfluss haben, müssen in den öffentlichen Diskurs miteinbezogen werden. (A2)	Eine Aufnahme in den Diskurs wirkt der Attraktivität populistischer Positionen entgegen, weil sie in der öffentlichen Debatte kritisiert, dekonstruiert und verworfen werden können. Sie ist deshalb zu befürworten. (B2)
		Man kann Populismus nur entgegenarbeiten, wenn man ihn versteht. Verstehen kann man ihn nur, wenn man mit seinen Repräsentanten ins direkte Gespräch tritt. (B3)
		PopulistInnen wirken der Technokratisierung von Politik sowie der Politikverdrossenheit entgegen und sollten deshalb eingeladen werden. (B4)
Contra	Populistische Positionen tragen zur Gewalt gegen Minderheiten und Andersdenkende bei, indem sie ein Klima der Gewaltbereitschaft und Fremdenfeindlichkeit fördern. Ihnen sollte darum keine Plattform gegeben werden. (C1)	Die Einladung von populistischen Akteuren auf anerkannte Plattformen trägt zu deren wahrgenommener Legitimität bei – jedenfalls insofern sie nicht mit überlegenen Diskussionsgegnern konfrontiert werden. (D1)
	Populistische Akteure sind grundsätzlich nicht bereit, ihre Meinungen zu revidieren. Deshalb erfüllen sie die Teilnahmebedingungen des demokratischen Diskurses nicht und sollten von öffentlichen Podiumsdiskussionen ausgeschlossen werden. (C2)	Die Einladung von populistischen Akteuren auf anerkannte Plattformen trägt zu deren wahrgenommener Legitimität bei, weil ihre Positionen in einer digitalisierten Welt gar nicht effektiv dekonstruiert werden können. (D2)

Tabelle 3: Die Pro- und Contra-Argumente aus der zivilgesellschaftlichen und akademischen Debatte

Doch mit Blick auf ein rollenethisches Zugeständnis an beide Lager müssen zwei Punkte hervorgehoben werden, die sich in der vorangegangene Analyse abgezeichnet haben: (a) Eine Vielzahl der Positionen, die sich für oder gegen eine Einladung aussprechen, basieren auf divergierenden Demokratieverständnissen und drohen, indem sie die Debatte auf die ebenso grundlegende wie nicht ohne weiteres lösbare Ebene von Demokratieverständnissen hieven, die Frage nach konkreten Lösungsmöglichkeiten des sich akut stellenden Toleranzparadoxes in den Hintergrund zu verfrachten. (b) Beinahe alle Positionen postulieren signifikante Effekte einer Einladung bzw. Ausgrenzung auf die öffentliche Wahrnehmung von populistischen Akteuren sowie – mit Abstrichen – den Zustand der liberalen Demokratie,

13 Für eine kritische Betrachtung unparteiischer Positionen im politischen Feld siehe Marchart 2010: 323 ff.

ohne die konkreten Bedingungen des jeweiligen Veranstaltungskontexts eingehend mitzureflektieren. Auf diese beiden Punkte wird nun abschließend eingegangen.

Ad (a): Die von uns als „normativ“ ausgewiesenen Argumente basieren implizit auf unterschiedlichen Demokratieverständnissen. Ob man sich für oder gegen einen Miteinbezug von PopulistInnen in den Diskurs ausspricht, hängt zumindest teilweise davon ab, welcher politischen Theorierichtung man anhängt bzw. was man unter einer „liberal-pluralistischen Demokratie“ versteht. Die Argumente (A1) und (C2) implizieren die Norm der Konsenssuche im Rahmen eines demokratischen Deliberationsprozesses. Je nachdem ob populistische Akteure sich daran sachorientiert zu beteiligen bereit sind, gilt es sie miteinzubeziehen oder nicht. Das Argument (A2) hingegen suggeriert, es gäbe einen irreduziblen Pluralismus von Werten und Interessen in der Gesellschaft. Je nachdem ob populistische Akteure effektiv BürgerInnen repräsentieren bzw. deren realen Bedürfnisse und Interessen artikulieren, gilt es sie ein- oder auszuschließen. Inwiefern Akteure zur rationalen Deliberation beitragen, ist dabei irrelevant. Hier scheiden sich die Geister an der Frage, ob PopulistInnen bloße Souffleure bzw. Souffleusen sind, wie Müller suggeriert, oder ob ihren Anliegen repräsentatives Gewicht zukommt. Auf der einen Seite steht also eine Betonung der spezifischen Teilnahmebedingungen, um zum deliberativen Prozess zugelassen zu werden, auf der anderen Seite die Idee, dass allein Repräsentation von tatsächlichen Interessen ausschlaggebend ist. Damit einher geht eine relative Gewichtung von demokratischen Grundwerten. Beispielsweise wird die Repräsentation der Interessen von BürgerInnen gegen den Schutz von Minderheiten abgewogen. Allein das wohl gewagteste Argument (C1), welches die gewaltfördernden Wirkungen des populistischen Diskurses anprangert, lässt sich im Rahmen beider Demokratieverständnisse vertreten, da hier intentional Verstöße gegen grundlegende demokratische Spielregeln (sachorientierter/herrschaftsfreier Diskurs bzw. „konfliktueller Konsens“ (Mouffe 2000a: 26)) motiviert werden.

Freilich entgehen beide Positionen nicht der Problematik, dass unklar ist, ob und welche Bedingungen nun erfüllt sind, das heißt woran man die „Repräsentation eines tatsächlichen Interesses“ erkennen könnte und wem in Streitfällen die Entscheidungshoheit zukommt. Während in einem klassisch deliberativen Demokratieverständnis im Stile Habermas wohl an die allgemeine Vernunft appelliert (vgl. u. a. Habermas 1982: 272) und damit die eigene Position, entgegen ihres Inhalts, absolut gesetzt würde (vgl. Tully 1989: 191), entgeht ein hegemonietheoretisches Demokratieverständnis diesem Selbstwiderspruch – ohne allerdings frei von anderen Spannungen zu sein (vgl. Marchart 2010; Mouffe 2000b). Ein Vorteil agonaler Demokratietheorien liegt in diesem Falle jedoch darin, dass sich der Fokus weg von normativ-philosophischen Fragen hin zur strategischen Auseinandersetzung mit der politischen Praxis verschiebt. Denn der in den Kontroversen um die Ein- bzw. Wiederausladungen Jongens und Weidels auf Pro- wie Contra-Seite offenbarte Unwillen, auf das Für und Wider aus normativer Sicht zu verzichten, trug zweifelsfrei erheblich dazu bei, dass nur die umstrittenen PopulistInnen als Gewinner aus der Debatte hervorgehen konnten. Solange keine Einigung über Sinn und Wesen der Demokratie erlangt wird, muss jedes normative Plädoyer für oder gegen die Einladung von rechtspopulistischen Akteuren zu Podiumsveranstaltungen in dieser Kontroverse gefangen bleiben. Denn wieviel Toleranz eine liberale Demokratie gegenüber Intoleranten aufbringen kann, ohne selbst intolerant zu werden, lässt sich normativ-philosophisch auf mehr als eine Art beantworten. Zumal die gesamte Debatte über die Ein- bzw. Wiederausladung Jongens und Weidels unter PopulismuskritikerInnen stattfand (wie anfangs erwähnt, stellt sich die Sachlage für andere gar nicht als diskussionswürdige Problematik

dar), wäre es in diesen wie zukünftigen Fällen sinnhafter (gewesen), demokratiethoretische Differenzen hintanzustellen, um das Für und Wider aus strategischer Sicht möglichst effektiv erörtern zu können. Die Frage nach der Inklusion populistischer Akteure würde so mit dem veränderlichen Ziel einer besseren Gesellschaft abgeglichen (vgl. Marchart 2010: 362 ff.). Die ethische Frage „Dürfen/müssen PopulistInnen in den Diskurs miteinbezogen werden?“ gälte es entsprechend mit derjenigen zu ersetzen, ob es unter den gegebenen Umständen politisch vorteilhaft ist, PopulistInnen in den Diskurs miteinzubeziehen.¹⁴

Ad (b): Die Schlagkraft der strategischen Argumente hängt selbstredend stark vom öffentlichen Interesse an der Veranstaltung ab, bei der ein populistischer Akteur auftreten könnte. Dieser Punkt aber wurde in den Kontroversen um die Veranstaltungen am Arendt Center, der Oxford Union und der Gessnerallee – vielleicht genau aufgrund des Beharrens auf normativen und demokratiethoretischen Grundsatzfragen – sträflich vernachlässigt. Die wahrgenommene Legitimität populistischer Akteure steigt (D) oder fällt (insofern es gelingt, sie als konzeptlos zu entlarven (B2)) durch eine Einladung effektiv nur dann, wenn die Veranstaltung von einer kritischen Masse verfolgt und rezipiert wird. Auch normative Argumente bleiben vom Ausmaß des öffentlichen Interesses nicht untangiert. Um den verhärteten Fronten entgegenwirken zu können, muss die Veranstaltung von Außenstehenden wahrgenommen werden und selbiges gilt für die Mutmaßung, die populistische Rhetorik könne die Gewaltbereitschaft in der Bevölkerung signifikant erhöhen (C1).

Bei den untersuchten Einladungen von Marc Jongen handelte es sich nun einerseits um ein Theater, dessen Veranstaltungen vorwiegend von populismusskeptischen BildungsbürgerInnen besucht werden, und andererseits um ein Forschungszentrum. Der erwartbare Legitimitätswachst für populistische Akteure im Falle einer Einladung (D), ebenso wie die Möglichkeit, die Positionen des populistischen Akteurs effektiv als konzeptlos zu entlarven (B2), muss in beiden Fällen als überschaubar gelten. Beiderlei Fragen würden sich in einem anderen Rahmen, etwa einem Fernsehduell mit einem Regierungsoberhaupt, mit deutlich größerem Nachdruck stellen. Abgesehen von der medialen Aufmerksamkeit der jeweiligen Veranstaltung erweisen sich viele der gesammelten Argumente noch in anderer Hinsicht als kontextabhängig. Ob eine sachliche und ergebnisoffene Diskussion aufkommt (A1, C2), Problemdiagnosen und Lösungsvorschläge erörtert oder politischer Humbug als solcher entlarvt (B2) werden kann, hängt schließlich vom eingeladenen populistischen Akteur, dessen oder deren Mitstreitenden sowie vom anwesenden Publikum ab. Laut Francine Prose gelang es der Audienz des Hannah Arendt Center, Jongen durch kritische Rückfragen öffentlich als „Nazi“ zu entlarven – womit dessen Legitimität beschädigt worden sei (vgl. Prose 2017). Dass (insofern Proses Einschätzung zutrifft) dergleichen stets möglich ist, kann sicherlich nicht als ausgemacht gelten, auch wenn die Audienz und Teilnehmer der geplanten Veranstaltung an der Gessnerallee wohl ebenfalls hinreichend humanistisch gebildet gewesen sein dürften. Zugleich muss Jongen zugestanden werden, dass er ein besonders, auch philosophisch, (aus-)gebildeter Politiker ist, der einerseits seine Worte mit Bedacht zu wählen – was gegen (B2) spricht –, andererseits aber auch gesellschaftliche Sorgen und Nöte sowie das populistische Selbstverständnis mit einiger Schärfe zu erfassen (B3) imstande sein dürfte. Ob ihm dies am Hannah

14 Offensichtlich werden durch eine solche Verschiebung die normativen Argumente den strategischen angenähert. Dies trifft sich allerdings mit hegemonietheoretischen bzw. postfundamentalistischen Ansätzen, in denen „strategisches Kalkül zur Quelle substanzieller Werte“ werden kann (Marchart 2010: 50).

Arendt Center gelang und an der Gessnerallee gelungen wäre, sei dahingestellt. Sogar die Wirkung der digitalen Verbreitung kann je nach Kontext durch gezielte Aktionen und aktives Framing mitgestaltet werden (D2). Die mit solchen Kontextfaktoren einhergehenden Möglichkeiten und Gefahren müssen letztlich miteinander abgewogen werden. In den betrachteten Fällen des Hannah Arendt Centers und der Gessnerallee wäre man vermutlich zu einer positiven Bilanz gekommen: Die meisten Gegenargumente verfehlen aufgrund der überschaubaren medialen Wirksamkeit der Veranstaltungen ihren Sinn, wohingegen Jongen als ein – im Vergleich mit anderen populistischen Exponaten – besonders geeigneter Kandidat gelten darf, um die aktuellen Herausforderungen für die liberale Demokratie besser zu verstehen.

Im Fall der Einladung Weidels nach Oxford müssen zwei Dinge angemerkt werden: Erstens erstaunt die Einladung Weidels in Anbetracht der Geschichte der Oxford Union nicht. Schaut man sich die vergangenen Gäste auf der Oxford Union an, so tauchen neben illustren Namen auch die Rechtspopulistin Marine LePen und mit Rechtspopulismus assoziierte Personen wie Ann Coulter, Johnathan Peterson und Anthony Scarramucci auf. Auch der Holocaust-Leugner David Irving war Gast der Oxford Union. Dies zeigt, dass Weidel nicht die erste umstrittene geladene Rednerin war. Darum muss infrage gestellt werden, ob der befürchtete Legitimitätszuwachs wirklich so groß gewesen wäre, wie von den Unterzeichnenden behauptet. Gerade in Anbetracht der Einladungspraxis der Oxford Union mag es sich jedenfalls dem Stammpublikum so dargestellt haben, dass es bei der Einladung Weidels weniger um akademische oder demokratische Nobilitierung als um die mediale wirksame Inszenierung von Provokationen ging.

Zweitens machten es sich die OrganisatorInnen zu einfach, indem sie auf den Einfluss Weidels und das Recht auf freie Meinungsäußerung verwiesen. Der Fakt, dass jemand einflussreich ist, zieht nicht das Gebot zur Einladung nach sich: (A2) verfängt in dieser Schlichtheit nicht. Meinungsfreiheit wiederum ist nicht ein Recht, das unabhängig von anderen demokratischen Grundwerten existiert. Die Oxford Union ging also stillschweigend darüber hinweg, dass Weidels Ideen und Sprechakte von vielen als mit anderen demokratischen Werten im Konflikt stehend erachtet werden. Ohne auf diese Einschätzung aufmerksam zu machen, ohne Weidels Politik zu kontextualisieren und problematisieren (zu lassen), kann der Vorwurf der moralischen Nachlässigkeit – und damit die Kritik von Kämpfer und Lutz – nicht leicht beiseite gewischt werden.

Wohl nicht zuletzt aufgrund der zu kurz kommenden Reflexion der jeweiligen Kontextbedingungen einerseits und dem Zurückfallen auf demokratiethoretische Grundsatzdiskussionen ging die wohlgemeinte Alarmierung des Bildungsbürgertums in allen drei Fällen letztlich nach hinten los. Besonders deutlich wird dies im Falle der Veranstaltungs- bzw. Auftrittsabsagen an der Oxford Union und der Gessnerallee, zumal sich Weidel und Jongen als Opfer einer nicht-existenten Zensur und Zielobjekte vermeintlich gewaltbereiter DiskussionsverhindererInnen darstellen konnten. Ohne die Skandalisierung ihrer Auftritte, ohne die Forderung nach diskursiver Ächtung wäre dieses geschickte, aber antizipierbare *Détournement* nicht möglich gewesen.

Was folgt nun daraus? Aus Angst vor Märtyrerinszenierungen auf jegliche Kritik zu verzichten kann keine Schlussfolgerung sein. Doch KritikerInnen sollten sich zukünftig genau überlegen wofür, wie und mit wem es sich zu kämpfen lohnt. Vielleicht sollte man sich und dem Publikum von Podiumsdiskussionen mehr zutrauen, das offene Wortgefecht nicht verweigern und vor allem den Eindruck zu verhindern suchen, man wolle die Diskussion unterbinden, um aus ihr nicht als VerliererIn herauszugehen. Und wenn ebendies

befürchtet wird, weil eine sachliche Diskussion nicht möglich scheint, sollte man sich mit Schadensbegrenzung zufriedengeben und auf eine großangelegte Gegenkampagne, die die jeweilige Veranstaltung größer macht, als sie eigentlich ist, verzichten. Nicht zuletzt sollte man sich zwei Mal überlegen, ob man eine von Anfang an im Grunde bereits bestehende politische Allianz von PopulismuskritikerInnen aufs Spiel setzen könnte, wenn man zusätzlich zum Strategiefindungsprozess noch Fässer über normative Grundsatzfragen aufmacht. Als gewiss gelten darf jedenfalls, dass die schlechteste Option in jenem Hin- und Her von Einladung und Wiederausladung besteht, die für die beiden Veranstaltungen an der Gessnerallee und der Oxford Union charakteristisch waren.

Literatur

- Albertazzi, Daniele / McDonnell, Duncan, 2008: Introduction: the sceptre and the spectre. In: Daniele Albertazzi / Duncan McDonnell (Hg.), *Twenty-First Century Populism: The Spectre of Western European Democracy*. Basingstoke, 1–11.
- Badano, Gabriele / Nuti, Alesina, 2018: Under Pressure: Political Liberalism, the Rise of Unreasonableness, and the Complexity of Containment. In: *The Journal of Political Philosophy* 26 (2), 145–168.
- Bahners, Patrick, 2017: Ohne Rechte Reden. In: FAZ vom 29.11.2017.
- Bajohr, Hannes, 2017: Rechte Reden lassen. In: ZEIT vom 03.11.2017.
- Benger, Justus / Bingener, Reinhard, 2016: Der Parteiphilosoph der AfD. In: FAZ vom 15.01.2016.
- Berkowitz, Roger, 2017: An Open Letter on the Hannah Arendt Center's Inclusion of a Talk by Marc Jongen As Part of the Conference 'Crises of Democracy: Thinking In Dark Times'; https://medium.com/@arendt_center/an-open-letter-on-the-hannah-arendt-center, 19.10.2017 [Zugriff: 15.3.2019].
- Beron, Michael / Turnheim, Tina, 2019: Theater und Publizisten kuscheln mit Faschisten. In: Barbara Dunkel / Christoph Gollasch / Kai Paderberg (Hg.), *Nicht zu fassen. Das Extremismuskonzept und neue rechte Konstellationen*, Berlin, 165–188.
- Bewegung für Sozialismus, 2017a: Zürich: Theater Gessnerallee bietet rechter Hetze eine Plattform; <https://sozialismus.ch/artikel/2017/gessnerallee-bietet-rechter-hetze-plattform>, 05.03.2017 [Zugriff: 15.3.2019].
- Bewegung für Sozialismus, 2017b: Zürich: Warum wir uns freuen können, dass die AfD nicht in der Gessnerallee auftreten kann; <https://sozialismus.ch/artikel/2017/zuersch-warum-wir-uns-freuen-koennen-dass-die-afd-nicht-in-der-gessnerallee-auftreten-kann/>, 10.03.2017 [Zugriff: 15.3.2019].
- Beyme, Klaus von, 2018: Rechtspopulismus: Ein Element der Neodemokratie?, Heidelberg.
- Bieling, Hans-Jürgen, 2016: Die politische Theorie des Neomarxismus: Antonio Gramsci. In: André Brodocz und Gary S. Schaal (Hg.), *Politische Theorien der Gegenwart*, Band I, 4. Auflage, Stuttgart, 448–478.
- Botstein, Leon, 2017: Bard President Responds to Critics of Far-Right Figure's Talk; <https://www.chronicle.com/article/Bard-President-Responds>, 24.10.2017.
- Boxell, Levi / Gentzkow, Matthew / Shapiro, Jesse, 2017: Internet use and political polarization. In: *Proceedings of the National Academy of Sciences* 114 (40), 10612–10617; DOI: 10.1073/pnas.1706588114.
- Breyer-Mayländer, Thomas, 2017: Ein Quantum Wahrheit: Postfaktischer Populismus als Herausforderung für unsere repräsentative Demokratie, Norderstedt.
- Buruma, Ian, 2017: Im Gespräch mit Rechtsextremen; <https://www.project-syndicate.org/commentary/right-wing-populism>, 07.11.2017 [Zugriff: 15.3.2019].
- Caramani, Daniele, 2017: Will vs. Reason: The Populist and Technocratic Forms of Political Representation and Their Critique of Party Government. In: *American Political Science Review* 111 (1), 54–67.
- Diehl, Paula, 2012: Populismus und Massenmedien. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 62 (5-6), 16–22.

- Engel, Bernhard / Reunig, Christian, 2015: Massenkommunikation 2015: Mediennutzung im Intermediavergleich. In: *Media Perspektiven* 7-8: 310–322.
- Entman, Robert, 1993: Framing: Toward Clarification of a Fractured Paradigm. In: *The Journal of Communication* 43 (4), 51–58
- Fish, Stanley, 1994: *There's No Such Thing as Free Speech...and it's a good thing too*, New York.
- Fukuyama, Francis, 1989: The End of History? In: *National Interest* 16, 3–18.
- Ganz, John, 2017: The Hannah Arendt Center's Dark Thinking; <https://thebaffler.com/latest/hannah-arendt-center-ganz>, 25.10.2017.
- Geiss, Stefan / Schäfer, Svenja, 2017: Any Publicity or Good Publicity? A Competitive Test of Visibility- and Tonality-Based Media Effects on Voting Behaviour. In: *Political Communication* 34 (3), 444–467.
- Gessnerallee Zürich, 2017a: Die Gessnerallee Zürich sagt das Podium ‚Die neue Avantgarde‘ und die im Vorfeld geplante Zusatzveranstaltung ab; http://www.gessnerallee.ch/mehr-lesen/2017/absage_neueavantgarde [Zugriff: 15.3.2019].
- Gessnerallee Zürich, 2017b: Die neue Avantgarde; <http://www.gessnerallee.ch/programm/event/4408> [Zugriff: 15.3.2019].
- Habermas, Jürgen, 1971: *Legitimitätsprobleme im Spätkapitalismus*, Frankfurt (Main).
- Habermas, Jürgen, 1981: *Theorie des kommunikativen Handelns*. Bd. 1: *Handlungsrationalität und gesellschaftliche Rationalisierung*, Frankfurt (Main).
- Habermas, Jürgen 1982: A Reply to my Critics. In: John B. Thompson / David Held (Hg.), *Habermas Critical Debates*, Massachusetts, 219–283.
- Hähning, Anne, 2017: Soll man mit der AfD reden? Man muss. In: *ZEIT* vom 02.03.2017.
- Halter, Martin, 2017: Wir müssen reden. Aber mit wem? In: *Badische Zeitung* vom 07.07.2017.
- Hildebrand, Marius, 2017: Rechtspopulismus und Hegemonie: Der Aufstieg der SVP und die diskursive Transformation der politischen Schweiz, Bielefeld.
- Janser, Daniela, 2017: Jede Minute ein Erfolg. In: *WOZ* vom 9.11.2017.
- Januschek, Franz / Reisigl, Martin, 2014: Editorial. In: Ders. (Hg.), *Populismus in der digitalen Mediendemokratie*, Duisburg, 7-18.
- Jongen, Marc, 2014: Das Märchen vom Gespenst der AfD; Online: <https://www.cicero.de/innenpolitik/afd-ein-manifest-fuer-eine-alternative>, 22.01.2014.
- Jongen, Marc, 2017a: Does Democracy Need To Be More Populist? Vortrag am Hannah Arendt Center, New York; <https://marcjongen.de/vortrag-am-hannah-arendt-center-new-york>.
- Jongen, Marc, 2017b: Twitter Post; https://twitter.com/Marc_Jongen/status/919236659031564289, 14.10.2017.
- Jongen, Marc, 2017c: Repolitisierung der Debatte – Marc Jongen im Gespräch; Online: <https://sezession.de/57282/repolitisierung-der-debatte-marc-jongen-im-gesprach>.
- Kämpfer, Kristina / Lunz, Kristina, 2018: Warum Oxford Alice Weidel keine Plattform bieten darf; <https://ze.tt/warum-oxford-alice-weidel-keine-plattform-bieten-darf/> 01.11.2018.
- Kemper, Ulf, 2015: Politische Legitimität und politischer Raum im Wandel, Wiesbaden.
- Kommunistische Jugend Schweiz, 2017: Faschos keine Bühne bieten!; <https://kommunistischejugend.ch/?p=3490>, 22.03.2017.
- Laclau, Ernesto, 2005: *On Populist Reason*, London.
- Laclau Ernesto / Mouffe Chantal, 1991: *Hegemonie und radikale Demokratie: Zur Dekonstruktion des Marxismus*, Wien.
- Lewandowsky, Marcel, 2014: Populismus in den sozialen Netzwerken: Die Beispiele AfD und pro Deutschland. In: Franz Januschek / Martin Reisigl (Hg.), *Populismus in der digitalen Mediendemokratie*, Duisburg, 19–46.
- Leo, Per / Steinbeis, Maximilian / Zorn, Daniel-Pascal, 2017: *Mit Rechten reden: Ein Leitfaden*, Stuttgart.
- Marchart, Oliver, 2010: *Die politische Differenz*, Frankfurt (Main).
- Marcuse, Herbert, 1970: Repressive Toleranz. In: Paul Wolff, Barrington Moore und Herbert Marcuse, *Kritik der reinen Toleranz*, Frankfurt (Main), 91–128.
- Mazzoleni, Gianpietro, 2008: Populism and the Media. In: Daniele Albertazzi / Duncan McDonnel (Hg.) *Twenty-First Century Populism: The Spectre of Western European Democracy*, Basingstoke, 49–64.

- Meyer, Thomas, 2006: Populismus und Medien. In: Frank Decker (Hg.), *Populismus: Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?*, Wiesbaden.
- Mill, John S., 1978 [1895]: *On Liberty*, Indianapolis.
- Mouffe, Chantal, 2000a: *Deliberative Democracy or Agonistic Pluralism*, Wien.
- Mouffe, Chantal, 2000b: *The Democratic Paradox*, London.
- Mouffe, Chantal, 2018: *For a Left Populism*, London.
- Mudde, Cas, 2007: *Populist radical right parties in Europe*, Cambridge.
- Mudde, Cas / Kaltwasser, Cristobal R., 2017: *Populism. A Very Short Introduction*, Oxford.
- Müller, Jan-Werner, 2017: *Was ist Populismus? Ein Essay*, Berlin.
- Neff, Benedikt, 2016: Sehnsucht nach Deutschland. In: *Basler Zeitung* vom 26.02.2016.
- Operation Libero, 2017: Freiheit ist immer die Freiheit des Andersdenkenden; <https://www.operation-libero.ch/de/blog/2017-03-10-freiheit-ist-immer-die-freiheit-des-andersdenkenden>, 10.03.2017.
- o.V., 2018: Offener Brief zum Besuch von Alice Weidel in der Oxford Union; <https://docs.google.com/document/d/1Sp6yqmFOD>, 02.11.2018 [Zugriff: 15.3.2019].
- o.V., 2017: Open Letter against giving AfD a stage in Zurich Theater; <https://art-leaks.org/2017/03/01/open-letter-against-giving-afd-a-stage-in-zurich-theatre>, 01.03.2017 [Zugriff: 15.3.2019].
- o.V., 2017: Open Letter to the Hannah Arendt Center at Bard College; <https://www.chronicle.com/article/An-Open-Letter-to-the-Hannah/241526>, 23.10.2017.
- Priester, Karin, 2012: Wesensmerkmale des Populismus. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 62 (5–6), 3–9.
- Popper, Karl R., 2011 [1945]: *The Open Society and Its Enemies*, London / New York.
- Postlethwaite, P., 2017: Liberale nützliche Idioten. Warum man den Rechten keine Plattform bieten sollte; <https://www.ajour-mag.ch/liberale-nutzliche-idioten-warum-man-den-rechten-keine-plattform-bieten-sollte>, 19.03.2017.
- Prose, Francine, 2017: My students heard a far-right politician on campus. Here's what they learned. In: *Guardian* vom 31.10.2017.
- Rancière, Jacques, 2002: *Das Unvernehmen: Politik und Philosophie*, Frankfurt (Main).
- Rau, Milo, 2017: Gemeinsam gegen die AfD. In: *Sonntagszeitung* vom 11.03.2017.
- Rawls, John, 1993: *Political Liberalism*, New York.
- Reinemann, Carsten, 2017: Populismus, Kommunikation, Medien. Ein Überblick über die Forschungen zu populistischer politischer Kommunikation. In: *Zeitschrift für Politik* 64(2), 167–190.
- Rosanvallon, Pierre, 2017: *Die Gegendemokratie: Politik im Zeitalter des Misstrauens*, Hamburg.
- Said, Edward, 1978: *Orientalism*, London.
- Schemer, Christian / Wirth, Werner / Wettstein, Martin / Müller, Philipp / Schulz, Anne / Wirz, Dominique, 2018: Wirkung populistischer Kommunikation. Populismus in den Medien, Wirkungen und deren Randbedingungen. In: *Communicatio Socialis* 51, 118–130.
- Scheller, Jörg, 2017a: Die Revolution ist ihre Kinder. In: *Schweizer Monat*, Ausgabe Nr. 1055, April 2018.
- Scheller, Jörg, 2017b: Dialog mit Christoph Kriese über den Wahlsieg Donald Trumps; <http://joergscheller.de/blog/dialog-mit-christopher-kriese-ueber-den-wahlsieg-donald-trumps/>, 02.02.2017 [Zugriff: 15.3.2019].
- Scheller, Jörg / Jongen, Marc, 2017: Über Zustände, die wiederherzustellen sind: Ein Disput zum Thema Konservatismus und Liberalismus; <https://www.schweizermonat.ch/artikel/online-spezial-ueber-zustaende-die-wiederherzustellen-sind> [Zugriff: 15.3.2019].
- Schmelzle, Cord, 2015: *Politische Legitimität und zerfallene Staatlichkeit*, Frankfurt (Main) / New York.
- Schroeder, Wolfgang / Wessels, Bernhard / Neusser, Christian / Berzel, Alexander, 2017: *Parlamentarische Praxis der AfD in deutschen Landesparlamenten*, WZB-Discussion Paper.
- Shimer, David, 2018a: Head of Far-Right German Party Cancels Oxford Trip. In: *New York Times* vom 02.11.2018.
- Shimer, David, 2018b: Oxford Roiled by Invitation to Far-Right German Politician. In: *New York Times* vom 31.10.2018.

- Strecker, David / Schaal, Gary S., 2016: Die politische Theorie der Deliberation: Jürgen Habermas. In: André Brodocz / Gary S. Schaal (Hg.): Politische Theorien der Gegenwart Band II, 4. Auflage, Stuttgart, 103–161.
- Surber, Kaspar, 2017: Ohne Not lässt man sich benutzen. In: WOZ vom 02.03.2017.
- Tully, James, 1989: Wittgenstein and Political Philosophy: Understanding Practices of Critical Reflection. In: Political Theory 17 (2), 172–204.
- van Mill, David, 2018: Freedom of Speech. In: Edward N. Zalta (Hg.), The Stanford Encyclopedia of Philosophy (Summer 2018 Edition); <https://plato.stanford.edu/archives/sum2018/entries/freedom-speech> [Zugriff: 15.3.2019].
- Vogel, Sonja, 2017: Die Verkenning der radikalen Rechten. In: taz vom 07.11.2017.
- Weber, Max, 1988 [1922]: Die drei reinen Typen der legitimen Herrschaft. In: Ders., Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, hg. von Johannes Winckelmann, 7. Auflage, Tübingen, 475–488.
- Wehling, Elisabeth, 2016: Politisches Framing: Wie eine Nation sich ihr Denken einredet und daraus Politik macht, Köln.
- Zajonc, Robert, 1968: Attitudinal effects of mere exposure. In: Journal of Personality and Social Psychology 9, 1–27.